



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Dr. Martin Huber, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Stephan Oetzinger, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**,

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Alexander Hold, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/19297

### **Illegale Migration aus Belarus bekämpfen – Umfassenden Ansatz weiterverfolgen**

1. Der Landtag stellt fest, dass Versuche der belarussischen Staatsführung, Migranten für politische Zwecke zu instrumentalisieren, nicht hinnehmbar sind. Er begrüßt daher die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 21./22. Oktober 2021, dieses Vorgehen an den Grenzen der Europäischen Union zu verurteilen und hierauf entsprechend zu reagieren.
2. Der Landtag erkennt an, dass Polen, Litauen, Estland und andere durch einen wirkamen Schutz der EU-Außengrenze einen wichtigen Beitrag zu Freizügigkeit und Sicherheit in Europa leisten. Dies verdient Dank und Unterstützung.
3. Der Landtag unterstützt die zahlreichen bereits laufenden Maßnahmen auf Unions- und Bundesebene zur Bekämpfung der illegalen Migration aus Belarus. Diese Maßnahmen müssen im Sinne eines umfassenden Ansatzes fortgesetzt und intensiviert werden.

Zu diesem umfassenden Ansatz gehört, dass

- die zuständigen Organe und Einrichtungen der Europäischen Union, insbesondere die Europäische Kommission und die Grenzschutzagentur Frontex, für eine funktionierende Sicherung der Außengrenzen der EU, u. a. durch personelle und infrastrukturelle Maßnahmen, in enger Abstimmung mit den betroffenen Mitgliedstaaten sorgen und Polen größtmögliche Unterstützung bei der Grenzsicherung erhält,
- die erfolgte Aussetzung des Visumerleichterungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Belarus umgesetzt wird,
- die Bundesregierung zusammen mit der EU massive Informationskampagnen initiiert und damit den geschürten falschen Erwartungen bezüglich einer Bleibeperspektive in Europa entgegentritt,

- die Gespräche mit den Herkunfts- und Transitländern weitergeführt werden, um diese zu sensibilisieren bzw. gegebenenfalls davon abzubringen, an dem menschenverachtenden Vorgehen der belarussischen Regierung mitzuwirken,
- auf europäischer Ebene Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die Menschen aufgrund der von Belarus eingeräumten Visumfreiheit dorthin befördern, geprüft und getroffen werden,
- auf europäischer Ebene die wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen und die Einhaltung von EU-Recht, inklusive der Rücküberstellung im Rahmen der Dublin-Verordnung, sichergestellt wird und
- eine weitere Intensivierung der Maßnahmen im deutsch-polnischen Grenzgebiet sowie die Ausweitung der Schleierfahndung erfolgt.

Wichtig ist in diesen Zusammenhang auch, dass durch die künftige Bundesregierung keine neuen Pull-Faktoren, wie beispielsweise durch die Aufhebung aller Beschränkungen beim Familiennachzug und eine noch nicht konkretisierte Ausweitung der Asylbewerber- und Gesundheitsleistungen, geschaffen werden.

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident